

Viktor Stepanenko

Zwischen Krieg und Reformbemühungen: Ukraine unter Zelenskyj

Volodymyr Zelenskyj verdankt seinen imposanten Wahlsieg bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2019 der Bekanntheit der Fernsehserie „Diener des Volkes“ und der erfolgreichen Nutzung digitaler Medien. In seiner bisherigen Amtszeit gab es Reformen bei der Digitalisierung, während bei der Korruptionsbekämpfung weiterhin Handlungsbedarf besteht. Gegenwärtig konzentrieren sich alle Kräfte auf die Abwehr des russischen Angriffskriegs.

Kaum hatte ich diesen Beitrag eingereicht, hat Putins Russland am 24. Februar eine groß angelegte militärische Invasion in die Ukraine gestartet. Von russischer Seite wird sie als „Spezialoperation“ dargestellt, die auf die Wiederherstellung einer geopolitischen Union zielt, wie die Sowjetunion sie gewesen war. Für die Ukrainerinnen und Ukrainer begann jedoch der

Viktor Stepanenko, Dr., Leitender Forscher am Institut für Soziologie an der Nationalen Akademie für Wissenschaften der Ukraine in Kiew.

Krieg für die Unabhängigkeit, Demokratie und europäische Wahl ihres Landes.

Der Krieg ist zu einem großen konsolidierenden Faktor für die ukrainische Gesellschaft geworden. Dessen Bedeutung und Wirkung ist noch stärker als bei der „Revolution der Würde“ 2013/14. Die ganze Ukraine hat sich in einen großen Majdan zur Verteidigung der Freiheit verwandelt – nicht nur in einem symbolischen, sondern in einem buchstäblich militärischen Sinne. Die besten zivilgesellschaftlichen Praktiken des Euromajdan – Solidarität, Selbstorganisation und gegenseitige Unterstützung – kommen wieder zum Tragen. Freiwilligengruppen und soziale Netzwerke auf der Graswurzelebene wirken in verschiedenen Bereichen des alltäglichen Lebens und tragen zur großen kollektiven Anstrengung des nationalen Widerstands bei. In der jetzigen Ukraine gibt es keine sichtbaren Kritiker oder Gegner dieser großartigen Widerstandsbewegung. Menschen unterschiedlichen Glaubens, unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeiten, unterschiedlicher politischer Orientierungen und unterschiedlicher sozialer Stellung sowie aus verschiedenen Regionen des Landes, einschließlich des vorwiegend russischsprachigen Ostens und Südens eint eine Idee und eine praktische Aufgabe: Ihr Land in diesem Krieg zu verteidigen und zu erhalten.

Die politischen Differenzen zwischen den ukrainischen Politikern, insbesondere zwischen Präsident Volodymyr Zelenskyj und seinem Vorgänger Petro Poroschenko, sind in den Hintergrund getreten. Die politische Elite handelt in der gegenwärtigen Krise geeint. Die politische Führung von Präsident Zelenskyj verdient



Volodymyr Zelenskyj (rechts) und Petro Poroschenko (links) bei einer öffentlichen Wahlkampfdebatte im April 2019.

Foto: The Presidential Administration of Ukraine

Der unerfahrene Politiker Zelenskyj ist zu einem nationalen Anführer und einer ikonischen Figur des ukrainischen Widerstands in der internationalen Politik geworden.

Die politischen Differenzen zwischen den ukrainischen Politikern, insbesondere zwischen Präsident Volodymyr Zelenskyj und seinem Vorgänger Petro Poroschenko, sind in den Hintergrund getreten. Die politische Elite handelt in der gegenwärtigen Krise geeint. Die politische Führung von Präsident Zelenskyj verdient

Anerkennung: Der unerfahrene Politiker ist zu einem nationalen Anführer und einer ikonischen Figur des ukrainischen Widerstands in der internationalen Politik geworden. Der Präsident, die Regierung und viele politische Führungskräfte des Landes sind in Kiew geblieben und führen die erfolgreiche Verteidigungs- und Widerstandsbewegung der Ukrainer:innen an. Wir wissen nicht, wie lange dieser Krieg dauern wird. Aber bei allen Szenarien ist schon jetzt klar, dass die ukrainische Bevölkerung keiner ausländischen Besetzung zustimmen, sondern ihren Kampf und Widerstand für ihr Land und ihre Freiheit fortsetzen wird.

Zelenskyjs überwältigender Wahlsieg

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2019, die mit einem imposanten Sieg des Komikers Volodymyr Zelenskyj und seiner neu gegründeten Partei „Diener des Volkes“ endeten, markierten den Übergang zu einer neuen gesellschaftspolitischen Wirklichkeit in der Ukraine. Diese neue Ära ließ sich aufgrund der effektiven Verwendung digitaler Technologien und der sozialen Netzwerke als „Post-Majdan-Ära“, „populistische Revolte“ oder als „digitale Wahlrevolution“ charakterisieren. Zum ersten Mal in der Geschichte der unabhängigen Ukraine gewann die neu gegründete Partei des Präsidenten eine überwältigende Mehrheit im Parlament (254 von 450 Abgeordnetensitzen), so dass sie keine Koalitionsregierung bilden musste. Das Ministerkabinett umfasste ebenfalls nur



Im Einsatz für sein Land: Präsident Zelenskyy in einem Videointerview mit russischen Journalisten am 27. März 2022.

Foto: Ukrainian Presidential Press Service

Vertreter von „Diener des Volkes“. Präsident Zelenskyy konnte seine verfassungsmäßigen Kompetenzen mit der Ernennung des sog. „Machtblocks“ (Verteidigungsminister, Leiter des nationalen Geheimdiensts, Generalstaatsanwalt und Außenminister) voll ausspielen. Gleiches galt für Neuernennungen auf der Ebene der regionalen Verwaltung.

Seit Ende 2019 verfügten Präsident Zelenskyy und seine Partei „Diener des Volkes“ über die vollständige Kontrolle über die Legislative, Exekutive und auch über die Judikative des Landes, wenn man die direkten und indirekten politischen Einflussmöglichkeiten des Präsidenten berücksichtigt. Zwar war die Ukraine weiterhin offiziell und rechtlich eine semi-präsidentielle Republik, doch bedeutete die große Machtkonzentration sowie die Kontrolle über die verfassungsrechtlichen und legislativen Prozesse durch das Büro des Präsidenten, dass die Regierungspraxis eher einem Präsidialsystem ähnelte.

Diese Bündelung staatlicher Macht, die sich aus den demokratischen Wahlen von 2019 ergab, und der große öffentliche Vertrauensvorschuss in den Präsidenten und seine Partei schufen einzigartige Möglichkeiten zu einer zügigen Umsetzung vieler Modernisierungsreformen. Angesichts der noch instabilen Institutionen, des schwachen Systems der Gewaltenteilung und mangelnder Rechtsstaatlichkeit stellte solch eine Machtkonfiguration in einer weitgehend paternalistischen Gesellschaft allerdings auch ein Risiko für die zerbrechliche Demokratie gegenüber wachsenden autoritären Tendenzen dar.

Einfache politische Rezepte

Zelenskyy's Wahlerfolg verdankte sich in hohem Maße der Fernsehserie „Diener des Volkes“, in der die Hauptfigur, der von Zelenskyy gespielte Dorflehrer Vasyl' Holoborodko, Präsident der Ukraine wird.¹ Dieser TV-Präsident kämpft mutig gegen Oligarchen, Bürokraten und die alte politische Elite. Er widersetzt sich auch den Vertretern des Internationalen Währungsfonds, während er seine gewohnte Lebensweise als einfacher Lehrer beibehält und auf alle Privilegien verzichtet. Die Serie, die zur besten Sendezeit auf dem populären TV-Kanal 1+1 des Oligarchen Ihor Kolomoyskyj lief, der Zelenskyy auch im Wahlkampf unterstützte, ersetzte für viele Zuschauer Zelenskyy's

„Wenn nächsten Sonntag Wahlen wären, für wen würden Sie stimmen?“ (Angaben in Prozent)

Politiker	Februar 2020	Januar 2022
Volodymyr Zelenskyy	44,2	23,5
Petro Poroschenko	11,6	20,9
Politische Partei		
Diener des Volkes (Zelenskyy)	39,1	13,7
Europäische Solidarität (Poroschenko)	10,8	18,9

Wahlprogramm. Die Menschen stimmten für den imaginieren Bildschirmhelden eines jungen, normalen Mannes, der schnell den Krieg beendet, gesellschaftliche Veränderungen vollbringt, die Vergehen der Oligarchen stoppt, Gerechtigkeit bringt, Verbrecher und Feinde bestraft sowie alle Menschen reich und glücklich macht. Zelenskyy wurde zur Geisel seiner verlockenden, wenn auch zumeist populistischen Slogans und politischen Versprechungen, die ihm den Wahlsieg 2019 gesichert hatten.

In Wirklichkeit stellte sich jedoch heraus, dass Zelenskyy's einfache Rezepte wie „Man muss nur mit dem Schießen aufhören“, um den Krieg im Donbass zu beenden und Frieden zu erreichen, weit von der Realität entfernt waren. Seine Wahlversprechen, die häuslichen Versorgungstarife zu senken und die „Armutsära“ zu beenden, waren mit harten ökonomischen Bedingungen konfrontiert, die durch das ineffektive Regierungsmanagement während der Covid-19-Pandemie noch verschärft wurden.² Zelenskyy's Erklärungen zu „neuen Gesichtern“ in den staatlichen Behörden und zu einem Ende des Nepotismus verwandelten sich in Ernennungen von inkompetenten Freunden und Kollegen aus dem Showbusiness auf wichtige Positionen in den staatlichen Institutionen und im Parlament. Die lange Liste an Kritik und Anschuldigungen des damaligen Kandidaten Zelenskyy gegen den Amtsinhaber Poroschenko 2019 ließ sich Anfang 2022 ohne weiteres auch an Zelenskyy selbst adressieren.

Zu Beginn dieses Jahres sah sich die Ukraine mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert: dem hohen Risiko einer großen russischen Invasion, dem andauernden Krieg im Donbass, den sozio-ökonomischen Folgen der Covid-19-Pandemie und unvollständigen Reformen. Ein populistischer Politikstil zur Gewinnung politischer Popularität, ein emotionaler Kampf gegen die politische Opposition und stetige Werbevideos waren kaum ein effektiver Weg, um diese Probleme zu lösen. Dies bestätigten auch soziologische Umfragen: Laut einer Umfrage des *Kyiv International Institute of Sociology* (KIIS) verfügte Zelenskyy zu Beginn seiner Amtszeit im Februar 2020 noch immer über eine starke Wahlunterstützung von 44 Prozent der Befragten. Sein Hauptkonkurrent bei den Wahlen 2019, Petro Poroschenko, kam in dieser Umfrage auf lediglich 11,6 Prozent Unterstützung.³ Zwei Jahre später, zu Beginn dieses Jahres, hatten sich die Umfrageergebnisse für Zelenskyy halbiert – sie standen bei 23,5 Prozent und waren damit fast gleich groß wie diejenigen für Poroschenko, dessen

1) Die erste Staffel der Serie ist mit deutschen Untertiteln in der Mediathek von arte verfügbar: <https://www.arte.tv/de/videos/RC-021804/diener-des-volkes/>.

2) Vgl. Tokariuk, Olga: Corona in der Ukraine: Nicht bereit, aber keine Katastrophe. In: RGOW 48, 5 (2020), S.20–21.

3) <https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=918&page=10&t=1>.

Rating sich auf fast 21 Prozent verbessert hatte.⁴ Die Bewertung der entsprechenden politischen Parteien unterlag in diesem Zeitraum noch größeren Veränderungen: Die Unterstützung für Zelenskyjs Partei „Diener des Volkes“ ging von 39,1 Prozent im Februar 2020 auf 13,7 Prozent im Januar 2022 zurück. Dagegen wuchs die Unterstützung für Poroschenkos Partei „Europäische Solidarität“ von 10,8 auf 18 Prozent. Damit war diese Partei Anfang 2022 sogar Spitzenreiter bei den Wähler-sympathien der Ukrainer:innen.

Vergebliche Friedensbemühungen im Donbass

Das Versprechen eines raschen Endes des Kriegs im Donbass war eine der zentralen Botschaften von Zelenskyjs siegreicher Wahlkampagne von 2019. Das Paradoxe war jedoch, dass Zelenskyj seine These von einer schnellen Beendigung des Kriegs nicht realistisch begründete; es war eher sein emotionaler Glaube daran, der auf viele Wähler:innen anziehend wirkte. Zu Beginn seiner Amtszeit dachte Zelenskyj naiverweise,

Die zentralen Fragen des Konflikts blieben ungelöst.

dass er sich bei persönlichen Treffen mit dem russischen Präsidenten Vladimir Putin hinsichtlich eines Friedens einigen könnte. Es gab auch einige vielversprechende Schritte in diese Richtung: der Austausch von Geiseln,⁵ das Erreichen eines Waffenstillstands und eine relative Waffenruhe 2019/20.

Doch die zentralen Fragen des Konflikts blieben ungelöst, insbesondere die unterschiedlichen Interpretationen des Minsker Abkommens zwischen Russland und der Ukraine, wobei zwischen beiden Ländern die prioritären Schritte umstritten waren: zuerst das Abhalten von Wahlen unter dem gegenwärtigen Status der okkupierten Gebiete im Donbass (russische Interpretation) oder zuerst Sicherheitsgarantien, Rückzug der russischen Truppen, Demilitarisierung der Gebiete und dann Wahlen (ukrainische Interpretation). Jegliche Konzession der ukrainischen Behörden zu einer Konfliktlösung im Donbass auf Kosten der Anerkennung einer militarisierten, russisch kontrollierten territorialen Enklave innerhalb der Ukraine wäre nicht nur ein unpopulärer Schritt gewesen, sondern hätte auch eine starke Reaktion der lebendigen ukrainischen Zivilgesellschaft nach sich gezogen. Und dies war ein ernsthaftes Dilemma für Zelenskyj: entweder dem russischen Friedensszenario für den Donbass zuzustimmen und eine Protestwelle im Land zu riskieren oder die sog. „roten Linien“ der nationalen Sicherheit nicht zu überschreiten, aber gleichzeitig den gegenwärtigen Status quo des bewaffneten Konflikts zu verlängern. Zelenskyj versuchte bei der Lösung des Donbass-Konflikts eine Balance zwischen einer entschiedenen und kompromissbereiten Position zu wahren.

Dabei schien die Furcht vor einem neuen Majdan-Protest aufgrund einer möglichen Kapitulation im Donbass ein überzeugenderes Argument für die ukrainische Regierung zu sein als der Verlust von populistischen Boni und ein gebrochenes Friedensversprechen um jeden Preis. Dies erklärt auch eine gewisse Metamorphose von Zelenskyjs Politik in dieser Frage: von naiven Hoffnungen und Kompromissversuchen zu Beginn



Spuren des Krieges: Durch Luftangriffe zerstörtes Wohnhaus in Kiew.
Foto: Shutterstock.com

seiner Amtszeit 2019/2020 zu einer realistischeren Linie, dass die Ursachen des Konflikts und das Erreichen eines Friedens im Donbass größtenteils von Russlands Position in dieser Frage abhängen. Mit der 2021 ins Leben gerufenen Initiative „Krim-Plattform“ brachte die ukrainische Regierung auch die Frage einer De-Okkupation der Halbinsel wieder auf die internationale politische Agenda. Diese Transformation der ukrainischen Politik in Bezug auf den Donbass und die Krim sowie die politische Metamorphose von Zelenskyj waren für Putin extrem irritierend.

Licht und Schatten bei Reformen

Die hohen Erwartungen vieler Wähler:innen in Bezug auf ein schnelles Ende des Krieges, sozio-ökonomische Verbesserungen und gesellschaftliche Veränderungen zum Besseren nach den Wahlen von 2019 wichen einem hohen Maß an öffentlicher Frustration und Enttäuschungen. Laut Meinungsumfragen von Anfang 2022 stellte die Mehrheit der Befragten (52 Prozent) mit Blick auf das Vorjahr eine Verschlechterung ihrer finanziellen Situation fest. Fast 53 Prozent der Befragten glaubten, dass der Präsident und die Regierung nicht in der Lage seien, effektive Lösungen für die wirtschaftlichen Probleme zu finden. Für die ökonomische Krise im Land wurden vor allem die Inkompetenz der Regierung und der hohe Grad an Korruption verantwortlich gemacht.⁶

Dennoch wurden in den Jahren 2019 bis 2022 einige Reformschritte unternommen. Die Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen hat sich schnell entwickelt, insbesondere über die 2020 eingeführte App *Diya* („Aktion“). Über diese App haben die Bürger:innen Zugang zu digitalen Versionen ihrer Dokumente (Reisepass, Versicherungspolice, Führerschein sowie Covid-Impfzertifikate). Das Programm wurde von den Behörden nicht nur als Reformschritt zur besseren Zugänglichkeit des öffentlichen Dienstes angesehen, sondern auch als eine wichtige Komponente bei der Einführung von Elementen von E-Government („der Staat im Smartphone“). Doch diese Idee fand keine fachliche Unterstützung und wurde in der Gesellschaft vorwiegend skeptisch aufgenommen.

Zu den erfüllten Versprechen zählte die Einführung eines Grundstücksmarktes in der Ukraine und die Verabschiedung

4) <http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=1090&page=1>.

5) Vgl. Fesenko, Volodymyr: Präsident Selenskyj: Von den Sternen zu den Dornen. In: RGOW 47, 12 (2019), S. 19–22.

6) <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-gromadianamy-materialnogo-stanovyshcha-ta-pytan-poviazanykh-z-ekonomichnoiu-sytuatsiieiu-cichen-2022r>.

des entsprechenden Gesetzes durch das Parlament im Jahr 2020. Dies war eine lang erwartete Liberalisierung eines komplexen Themas, das oftmals bei politischen Auseinandersetzungen und zur Informationsmanipulation im Land benutzt worden war. Einige Erfolge wurden auch bei der Reformierung des politischen Systems erzielt, so wurden Gesetze zum Amtsenthebungsverfahren des Präsidenten und zur Aufhebung der parlamentarischen Immunität verabschiedet. Allerdings waren diese Gesetze eher deklaratorisch und kosmetisch. Die parlamentarische Immunität wurde beispielsweise nicht de facto abgeschafft, sondern vielmehr eingeschränkt, da jetzt nur noch der Generalstaatsanwalt das Recht hat, ein Strafverfahren gegen Abgeordnete einzuleiten.

Es gibt mittlerweile auch eine Art legislatives Know-how bei Reformversuchen des politischen Systems. Ein Beispiel dafür ist das sog. Gesetz gegen die Oligarchen, welches das Parlament im Herbst 2021 verabschiedete. Das Gesetz wurde von den Behörden als ein revolutionäres gesetzliches Instrument zur De-Oligarchisierung des politischen Systems angepriesen, das den übermäßigen Einfluss von Personen beschränken soll, die „bedeutendes ökonomisches oder politisches Gewicht im öffentlichen Leben“ auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse sowie auf die Medien des Landes haben. Doch wer ein Oligarch ist, wird gemäß bestimmten Kriterien durch ein Beratungsgremium des Präsidenten, den Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat, definiert. Kritiker wiesen auf wesentliche Mängel und Risiken des Gesetzes hin: das Übertragen zusätzlicher verfassungswidriger Macht hebel an den Präsidenten und eine Einschränkung der Rechte der Bürger:innen gegenüber Versuchen der Behörden, das politische Feld von der Opposition zu säubern. Zivilgesellschaftliche Aktivisten kritisierten die populistische und weitgehend deklaratorische Natur des Gesetzes mangels effektiver Schritte zur Bekämpfung der Korruption, und weil die existierenden kartellrechtlichen Institutionen und Gesetze zur Einschränkung von Korruption und des Einflusses von Oligarchen kaum genutzt wurden.⁷

7) Vgl. Marchuk, Anton: Licht und Schatten bei der Korruptionsbekämpfung in der Ukraine. In: RGOW 47, 4–5 (2019), S. 11–13.

Eine wesentliche Herausforderung ist auch weiterhin die Justizreform, die bereits nach der Revolution der Würde 2014 lanciert wurde. Auch unter der 2019 ins Amt gekommenen Regierung blieb diese unvollständig. Zudem gab es Anzeichen dafür, dass Vertreter des Präsidentenbüros die Umsetzung dieser Reform blockierten und sabotierten. So wurde die Ernennung des Leiters der spezialisierten Antikorruptionsstaatsanwaltschaft, die die Korruption hochrangiger Regierungsbeamter untersuchen soll, für mehrere Monate blockiert. Viele neu gegründete Antikorruptionsinstitutionen befanden sich unter ständigem Druck seitens des Präsidentenbüros und konnten nicht effizient arbeiten. Es gab auch keine staatliche Antikorruptionsstrategie. Stattdessen wurde das Strafverfolgungssystem häufig für politische Zwecke gegen die Opposition genutzt, z. B. bei der Strafverfolgung des ehemaligen Präsidenten Poroschenko. Es gab auch Fälle einer intransparenten staatlichen Finanzierung des Programms zum Straßen- und Infrastrukturausbau. Dieses Programm, das von Präsident Zelenskyj initiiert worden war, wurde bei der Realisierung seiner Vision vom „Traumland“ als seine große Leistung beworben. Doch auf den Werbetafeln zum Programm fehlte jeder Hinweis darauf, dass die Bauprojekte mit öffentlichen Mitteln finanziert werden, also mit Steuergeldern. Kritiker des Programms wiesen außerdem auf Korruptionsrisiken hin, dass z. B. die finanzielle Verteilung oftmals intransparent und das Geld von einem speziellen Anti-Covid-Fonds genommen worden sei. Zudem seien die Kosten der Baustellen bedeutend höher als in früheren Jahren gewesen, und die Zahl der Anbieter zu gering.

Wirtschaftliche Armut, unvollendete Reformen sowie Korruption sind schmerzliche Herausforderungen für die gesellschaftspolitische Situation in der Ukraine geblieben. Doch nun steht das Land wieder im Zentrum der geopolitischen Konfrontation zwischen dem demokratischen Westen und dem autoritären Russland. Die Zukunft des Landes und die Umsetzung seiner europäischen Wahl hängen nicht nur vom Kriegsverlauf und der Diplomatie der ukrainischen Regierung und ihrer internationalen Partner ab, sondern auch vom Erfolg weiterer Reformen.

Übersetzung aus dem Englischen: Stefan Kube.

Nachrichtendienst Östliche Kirchen (NÖK)



Weitere Beiträge zum Krieg in der Ukraine und zur Rolle der Kirchen unter www.noek.info.

- Konstantin Sigov: Kiew hält die Erinnerung wach
- Bohdan Ohultschanskyj: Dorn im Auge Putins: Die Freiheit der Ukraine
- Natallia Vasilevich: Kirchliche Reaktionen in Belarus auf die russische Invasion in der Ukraine

